

HAMBURG & SCHLESWIG-HOLSTEIN

HAMBURG INKLUSION AN SCHULEN

„Stadt muss katastrophalen Zustand stoppen“

Von Julia Witte genannt Vedder | Stand: 17:25 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

2. Juni 2017



Eltern, Lehrer und die Opposition in der Bürgerschaft schlagen Alarm: Die Inklusion an Hamburgs Schulen ist katastrophal

Quelle: dpa

Mehr Personal, mehr Räume, bessere Therapie für Schüler mit Förderbedarf, so lauten die Forderungen der Volksinitiative für eine bessere Inklusion an Hamburgs Schulen. Nun muss sich die Bürgerschaft damit befassen.

Mehr als 24.000 Unterschriften hat die Volksinitiative für eine bessere Inklusion an Hamburgs Schulen gesammelt. Jetzt beginnt die Bürgerschaft, sich mit dem Anliegen der Initiative auseinanderzusetzen. Bis zum 1. November hat sie Zeit, sich den Forderungen, unter anderem nach mehr Personal, mehr Räumen und einer besseren Therapie für Schüler mit Förderbedarf anzuschließen. Tut sie dies nicht, kann die Initiative die nächste Stufe des Volksgesetzgebungsverfahrens starten: das Volksbegehren. Die Opposition fordert, es nicht so weit kommen zu lassen.



„Der schnelle Erfolg der Initiatoren zeigt, dass die rot-grüne Schulpolitik nichts mehr mit der Realität in Hamburgs Klassenzimmern zu tun hat“, sagte Anna von Treuenfels-Frowein, die schulpolitische Sprecherin der FDP. Ihre Fraktion hatte das Thema zur Debatte in der Bürgerschaft am Mittwoch angemeldet, die Anmeldung dann aber aus Zeitgründen kurzfristig zurückgezogen. An der Unterstützung für die Ziele der Initiative ändere das jedoch nichts, betonte von Treuenfels-Frowein.

Die Initiative, so die FDP-Politikerin, sei für den Senat eine Chance, „die mehr als katastrophale Umsetzung der Inklusion an Hamburgs Schulen zu stoppen und sie zum Erfolg zu führen“. Die Vorschläge, wie das gelingen könnte, lägen auf dem Tisch – auch von der FDP-Fraktion habe es hierzu immer wieder Vorschläge gegeben, wie etwa eine Doppelbesetzung in Inklusionsklassen, Stärkung der Förderschulen oder zusätzliche Lerngruppen in Stadtteilschulen. „Der Senat hat Diskussionen dazu immer im Keim erstickt“, kritisiert von Treuenfels-Frowein. Die Auseinandersetzung mit der Volksinitiative werde das ändern.

Stadt investiert 90 Millionen Euro für Schulinklusion

Seit 2009 haben alle Kinder in Hamburg das Recht, an Regelschulen unterrichtet zu werden, rund 80 Prozent der Schüler mit Förderbedarf nutzen das. Mehr als 90 Millionen Euro investiert die Stadt nach eigenen Berechnungen für die Inklusion. Das jedoch sei nicht genug, glaubt auch die CDU.

„Das Zustandekommen der Volksinitiative mit derart vielen Unterschriften zeigt, dass die Inklusion an Hamburgs Schulen ein Thema ist, dass den Menschen auf den Nägeln brennt“, sagte Richard Seelmaecker, Schulausschussmitglied der CDU. Rot-Grün müsse endlich handeln. „Die angestrebten Verbesserungen zu erreichen, wird teuer, auch das gehört zur Wahrheit. Aber so wie jetzt kann es nicht weitergehen“, so Seelmaecker. Das derzeitige System werde niemandem gerecht, weder den Schülern mit noch den Schülern ohne Förderbedarf.

Sabine Boeddinghaus, Fraktionschefin der Linken bezeichnete die Unterschriften als „24.357 Ohrfeigen für die ignorante Bildungspolitik des Senators“. Sie erwarte vom Senat, „dass er sich ernsthaft mit den Forderungen der Volksinitiative auseinandersetzt und in ehrliche Verhandlungen eintritt“.

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article165168161/Stadt-muss-katastrophalen-Zustand-stoppen.html>